



Änderungsanträge

**zum Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
am 16. November 2024
in Offenburg**

Berichterstatter:innen

Antragsbereich	Berichterstatter:innen
Wirtschaft	Leon Hahn Daniela Harsch
Innen und Recht	Birte Könnecke René Repasi
Partei und Organisation	Simone Höllmüller René Repasi
Außen- und Sicherheitspolitik	Kevin Leiser Annalena Wirth
Umwelt & Verkehr	Miriam Koch Pascal Wasow
Bildung	Viviane Sigg Annkathrin Wulff
Gesundheit und Pflege	Daniela Harsch Katharina Spohrer
Arbeit & Soziales	Daniela Harsch Florian Wahl
Sonstiges	Leon Hahn Farah Maktoul
Initiativanträge	Daniela Harsch René Repasi

Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Stephanie Bernickel	Lars Castellucci
Leon Hahn	Jan Hambach	Daniela Harsch
Simone Höllmüller	Assad Hussain	Ademir Karamehmedovic
Wolfgang Katzmarek	Miriam Koch	Birte Könnecke
Leon Köpfler	Kevin Leiser	Farah Maktoul
Judith Marvi	Katja Mast	Rene Repasi
Lina Seitzl	Viviane Sigg	Katharina Spohrer
Philippa Stolle	Tim Strobel	An Tang Huynh Trong An
Florian Wahl	Pascal Wasow	Jonas Weber
Boris Weihrauch	Annalena Wirth	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Inhaltsverzeichnis

WI - Wirtschaft

WI01-Ä01	Änderungsantrag zu WI01	7
WI01-Ä02	Änderungsantrag zu WI01	8
WI01-Ä03	Änderungsantrag zu WI01	9
WI01-Ä04	Änderungsantrag zu WI01	10
WI01-Ä05	Änderungsantrag zu WI01	11
WI01-Ä06	Änderungsantrag zu WI01	12
WI01-Ä07	Änderungsantrag zu WI01	13
WI01-Ä08	Änderungsantrag zu WI01	14
WI01-Ä09	Änderungsantrag zu WI01	15
WI01-Ä10	Änderungsantrag zu WI01	16
WI01-Ä11	Änderungsantrag zu WI01	17
WI01-Ä12	Änderungsantrag zu WI01	18
WI01-Ä13	Änderungsantrag zu WI01	19
WI01-Ä14	Änderungsantrag zu WI01	20
WI01-Ä15	Änderungsantrag zu WI01	21

IR - Innen und Recht

IR01-Ä01	Änderungsantrag zu IR01	22
IR01-Ä02	Änderungsantrag zu IR01	23
IR01-Ä03	Änderungsantrag zu IR01	24
IR01-Ä04	Änderungsantrag zu IR01	25
IR01-Ä05	Änderungsantrag zu IR01	26
IR01-Ä06	Änderungsantrag zu IR01	27
IR01-Ä07	Änderungsantrag zu IR01	28
IR01-Ä08	Änderungsantrag zu IR01	29
IR01-Ä09	Änderungsantrag zu IR01	31
IR05-Ä01	Änderungsantrag zu IR05	32
IR01-Ä10	Änderungsantrag zu IR01	33
IR01-Ä11	Änderungsantrag zu IR01	34
IR01-Ä12	Änderungsantrag zu IR01	35
IR01-Ä13	Änderungsantrag zu IR01	36
IR01-Ä14	Änderungsantrag zu IR01	37
IR01-Ä15	Änderungsantrag zu IR01	38

PO - Partei und Organisation

PO02-Ä01 Änderungsantrag zu PO02

39

UV - Umwelt & Verkehr

UV01-Ä01	Änderungsantrag zu UV01	44
UV03-Ä01	Änderungsantrag zu UV03	45
UV01-Ä02	Änderungsantrag zu UV01	46
UV01-Ä03	Änderungsantrag zu UV01	47
UV01-Ä04	Änderungsantrag zu UV01	48
UV01-Ä05	Änderungsantrag zu UV01	49
UV01-Ä06	Änderungsantrag zu UV01	50

B - Bildung

B05-Ä01 Änderungsantrag zu B05	51
B05-Ä02 Änderungsantrag zu B05	52

G - Gesundheit und Pflege

G07-Ä0 Änderungsantrag zu G07
1

53

Antrag WI01-Ä01

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Freiburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 96 - 99

Schnellere Genehmigungsverfahren und ein leistungsfähigerer öffentlicher Dienst sind Voraussetzungen gelingender Transformations- und Standortpolitik. Planungsverfahren

~~und Antragsprozesse müssen beschleunigt, Berichtspflichten wo möglich zusammengelegt, werden, ohne wichtige Regeln – etwa zum Schutz von Beschäftigten oder der Umwelt – abzubauen. Dazu braucht es eine Modernisierung und Digitalisierung der zuständigen Behörden~~ müssen vereinheitlicht werden, um die Fehleranfälligkeit zu reduzieren, die Verwendung von einheitlichen Vorlagen zu ermöglichen und Klagerisiken zu minimieren.

Häufige und uneinheitliche Änderungen von Verfahrensvorschriften bewirken in der Praxis oft das Gegenteil von Beschleunigung, sondern schaffen Unsicherheiten und zusätzlichen Organisationsaufwand. Die tatsächlichen Probleme, die zu Verzögerungen oder langen Verfahrensdauern führen, liegen aber oft im materiellen Recht.

Unübersichtliche Vorschriften, die oft sehr viel formalen Papiereinsatz und teure Gutachten zur ~~Unterstützung einer schlagkräftigen~~ Folge haben, ohne im Ergebnis wesentliche Änderungen zu bewirken, müssen kritisch und praxisnah überarbeitet werden.

Antragsprozesse müssen digital und bürgerfreundlich gestaltet sein, Berichtspflichten, wo möglich zusammengelegt werden, ohne insbesondere den Schutz der Beschäftigten oder der Umwelt zu gefährden.

Für eine tatkräftige, bürgernahe und partnerschaftlich agierende agile Verwaltung benötigt es eine ausreichende Ausstattung mit Personal, insbesondere bei den Kommunen und den unteren Verwaltungsbehörden, um das stetig gewachsene Aufgabenspektrum kompetent bewältigen zu können. Gut ausgestattete, digitalisierte und kompetente untere Verwaltungsbehörden können durch den dort stattfindenden direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern dazu beitragen, das Vertrauen in staatliche Institutionen maßgeblich zu erhöhen.

Antrag WI01-Ä02

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Stuttgart
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 82

Für diese Generationenherausforderung muss die Landesregierung ein milliardenschweres

Investitionspaket für die kommenden Jahren auflegen. Allein für die Transformation der Wirtschaft werden in den nächsten zehn Jahren laut einer aktuellen Studie des DGB Baden-Württemberg im Land rund 17 Mrd. an Förderungen privater Investitionen benötigt. Deshalb setzen wir uns für eine weitreichende Änderung der Schuldenbremse ein, die ermöglicht, dass beispielsweise umfangreiche zweckgebundene Sondervermögen für oben genannte Felder der Infrastruktur und Daseinsvorsorge aufgenommen werden können. Dafür ist eine Streichung der Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form aus dem Grundgesetz notwendig.

Antrag WI01-Ä03

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 21 - 28

Inmitten ~~dieses des wirtschaftlichen~~ Wandels ~~gibt es eine Konstante, die uns Sicherheit und Orientierung bietet: die Soziale Marktwirtschaft. Sie hat sich~~ müssen wir anerkennen, dass die Soziale Marktwirtschaft in ihrer aktuellen Form nicht für alle Menschen Wohlstand und Chancengleichheit gewährleistet. Zwar hat ~~dieses System~~ über Jahrzehnte ~~bewährt und ist das Fundament, auf dem unser wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ruht. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Sie ist das Modell, das es uns~~ Stabilität und Wachstum ermöglicht, ~~Wohlstand zu schaffen und gleichzeitig Solidarität und Zusammenhalt zu fördern. Die Soziale Marktwirtschaft hat es vermocht, das Soziale mit dem Marktwirtschaftlichen zu versöhnen~~ doch zeigt die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit, dass es wichtige soziale Ziele häufig verfehlt. Viele Menschen können ihren Lebensunterhalt trotz harter Arbeit kaum sichern und bleiben vom gesellschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen. Die SPD Baden- Württemberg setzt sich daher für eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ein, die nicht nur wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch echte soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Unser Ansatz verbindet wirtschaftliche Innovation mit einem klaren Engagement für fairen Wettbewerb, ökologische Verantwortung und soziale Sicherheit. Diese Einheit wollen wir als SPD Baden-Württemberg neu beleben, indem wir Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Forschung, Energie und die Transformation nicht als sich konkurrierende Politikfelder begreifen, sondern als integrale Bestandteile der Sozialen Marktwirtschaft.

Antrag WI01-Ä04

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 92

Wir befürworten die Einführung einer Steuergutschrift auf klimafreundliche Investitionen in Höhe von 25% des Investitionsbetrags über den Abschreibungszeitraum. Durch den Investitionsbooster kann die öffentliche Hand mit jedem Euro unbürokratisch

das Dreifache an privaten Mitteln mobilisieren. Um langfristig Arbeitnehmer*innen anzusprechen, braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum. Gerade in Ballungsgebieten, wo viele Menschen arbeiten. Das Land ist hier gefordert, eine Landeswohnbaugesellschaft zu gründen und vor allem in sozialen Wohnungsbau zu investieren. Auch in Städten müssen in der Nähe des Arbeitsplatzes Mietwohnungen erschwinglich sein.

Antrag WI01-Ä05

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 99

Schnellere Genehmigungsverfahren und ein leistungsfähigerer öffentlicher Dienst sind Voraussetzungen gelingender Transformations- und Standortpolitik. Planungsverfahren und Antragsprozesse müssen beschleunigt, Berichtspflichten wo möglich zusammengelegt, werden, ohne wichtige Regeln - etwa zum Schutz von Beschäftigten oder der Umwelt - abzubauen. Dazu braucht es eine Modernisierung und Digitalisierung der zuständigen

Behörden zur Unterstützung einer schlagkräftigen Verwaltung.

Transformation braucht Beratung:

Wir fordern in Baden-Württemberg die Einführung einer Transformationsagentur nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz. Diese soll als Bindeglied zwischen Politik, Unternehmen und Arbeitnehmer*innen Transparenz über die Chancen und Herausforderungen des Wandels in der Arbeitswelt schaffen und konkrete Handlungsmöglichkeiten bieten. Geschulte Transformationsbegleiter*innen sollen Betroffene individuell beraten und mit relevanten Partnern wie der Agentur für Arbeit vernetzen. Zudem soll die Agentur wissenschaftliche Begleitung, Bildungs- und Diskussionsangebote bereitstellen, um gesamtgesellschaftliche Lösungen zu entwickeln.

Antrag WI01-Ä06

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 100

Transformation braucht Raum:

Zeile 101 - 103

~~Tarifgebundene Handwerks- und Industrieunternehmen sollen bei~~ Bei der Zuweisung neuer Gewerbeflächen ~~vorrangig~~ sollen tarifgebundene Handwerks und Industrieunternehmen bei ca. 70% der Fläche bevorzugt berücksichtigt werden, um faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne zu fördern. Auf der restliche Flächen sollen Startups und Neugründungen mit innovationen Ideen gefördert werden, diese können oft nicht tarifliche Löhne zahlen, sind aber dennoch wichtig für die Weiterentwicklung der Technologien in unserem Land. Wir fordern mehr zusammenhängende Gewerbeflächen in den Regionalplänen und Flächennutzungsplänen einzuplanen, um Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen zu ermöglichen und nachhaltige Nutzung zu gewährleisten: Gleichzeitig sollen alte Flächen renaturiert und neue Flächen nachhaltig und grün angelegt werden, um Umweltbelastungen zu minimieren.

Antrag WI01-Ä07

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 137

Energieintensiv produzierende Betriebe sind elementarer Teil der industriellen Wertschöpfungskette Baden-Württembergs. Wegen der sehr hohen und daraus folgend im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen Industriestrompreise drohen Standortverlagerungen und -schließungen. Die energieintensiven Betriebe produzieren wichtige Vorprodukte für andere Sektoren und sind insofern erforderlich für eine gelingende Dekarbonisierung. Die Landesregierung soll sich daraus folgend für eine Subventionierung der Industriestrompreise einsetzen, um die Abwanderung aus Baden-Württemberg zu verhindern. Die Förderung energieintensiver Betriebe sollte grundsätzlich an zwei Bedingungen geknüpft werden: Der Betrieb ist in der Tarifbindung, und der Betrieb entwickelt ein Transformationskonzept u. a. zur

zukünftigen Energieeinsparung. Wir brauchen auf Landesebene höhere Investitionen in die Schieneninfrastruktur, um mehr Güterverkehr aufs Gleis zu setzen. Wir fordern eindringlich, dass der Ausbau der Rheintalbahn nicht auf 2041 verschleppt wird - die Modernisierung dieser zentralen Verkehrsachse muss deutlich früher erfolgen, um Baden-Württemberg und Europa nicht im Stau des Stillstands verharren zu lassen.

Antrag WI01-Ä08

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 147

Bis 2030 sollen alle 60 km eine 3600 kW-Ladestation, welche mit grünem Strom betrieben werden, entlang der europäischen

Haupttrouten sowie zwei Ladeanschlüsse für LKW und alle 200 km eine Wasserstofftankstelle installiert sein. Um Leitmarkt zu werden, insbesondere im Bereich der Nutzfahrzeuge, muss Baden-Württemberg diese Ziele sogar übererfüllen. Dafür sind jährliche Ausbauziele und entsprechende Maßnahmen erforderlich.

Antrag WI01-Ä09

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 148 - 149

Bis 2030 sollen alle 60 km eine 3600 kW-Ladestation entlang der europäischen

Haupttrouten sowie zwei Ladeanschlüsse für LKW ~~und alle 200 km eine Wasserstofftankstelle installiert sein~~. Um Leitmarkt zu werden, insbesondere im

Bereich der Nutzfahrzeuge, muss Baden-Württemberg diese Ziele sogar übererfüllen. Dafür sind jährliche Ausbauziele und entsprechende Maßnahmen erforderlich.

Antrag WI01-Ä10

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 205

Wir stehen als Sozialdemokratie klar zu einer offenen und fortschrittlichen Einwanderungspolitik. Einwanderung bereichert unsere Gesellschaft kulturell, wirtschaftlich und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Angesichts des Fachkräftemangels in zahlreichen Branchen sehen wir es als unsere Pflicht, eine Gesellschaft zu gestalten, in der Migrant*innen gute Lebensbedingungen und faire Arbeitschancen vorfinden. Ein eigenes Landesprogramm zur Anwerbung von ausländischen Fachkräften würde helfen, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ziel muss sein, ausländische Fachkräfte durch Fachkräftebotschafter in ihrem Heimatland gezielt für bestimmte Berufe in Baden-Württemberg zu gewinnen und sie und ihre Familien unter anderem bei der Erledigung von Behördengängen, Wohnungssuche und Sprachkursen zu unterstützen. Im Ausland erworbene Qualifikationen müssen schneller und unbürokratischer anerkannt werden.

Antrag WI01-Ä11

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Lörrach
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 210

Ein eigenes Landesprogramm zur Anwerbung von ausländischen Fachkräften würde helfen, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ziel muss sein, ausländische Fachkräfte durch Fachkräftebotschafter in ihrem Heimatland gezielt für bestimmte Berufe in Baden-Württemberg zu gewinnen und sie und ihre Familien unter anderem bei der Erledigung von Behördengängen, Wohnungssuche und Sprachkursen zu unterstützen. Im Ausland

erworbene Qualifikationen müssen schneller und unbürokratischer anerkannt werden. Menschen aus dem Ausland, die schon in Deutschland leben, müssen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Antrag WI01-Ä12

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Lörrach
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 229

Baden-Württemberg wird die öffentliche Vergabe grundsätzlich an die Einhaltung von Tarifverträgen binden. Die Landesregierung soll einen wirksamen Beitrag leisten, den dramatischen Verfall der Tarifbindung in Baden-Württemberg, wo nur noch jeder zweite Beschäftigte durch Tarifverträge geschützt ist, zu stoppen. Um wirksame Anreize für mehr Tarifbindung und die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu setzen, soll die Landesregierung zukünftig aktiv auf Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zugehen, mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen bestehender Tarifverträge erreichen und damit die Ausweitung der Tarifbindung auf alle Betriebe und Beschäftigten einer bestimmten Branche gewährleisten. Zielgerichtete öffentliche Fördergelder werden im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt und an qualitative und resiliente Kriterien gebunden. Dies bedeutet, öffentliche Zuwendungen sind an

Tariftreue sowie an Standortgarantien, Beschäftigungssicherung, Wahrung der Mitbestimmungsrechte und angemessene

Aktivitäten zur Aus- und Weiterbildung als Zugangsvoraussetzungen zu knüpfen (soziale Konditionierung).

Antrag WI01-Ä13

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 216

Die Studiengebühren für internationale Studierende in Baden-Württemberg führen zu Nachteilen der Hochschulen im Wettbewerb um ausländische Studierende, wirken abschreckend und sind sozial diskriminierend. Daher müssen diese endlich abgeschafft werden. Ein weiterer Schlüssel zur Minderung des Fachkräftemangels ist die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispielsweise durch den Ausbau von

Betreuungskapazitäten. Der Ausbau der Betreuungskonzepte und Öffnungszeiten in Kitas und die konsequente Umsetzung der gebundenen Ganztagschulen ist eine Möglichkeit mehr Fachkräfte zu aktivieren. Nur durch den Ausbau gibt es eine echte Wahl zwischen Familien/- und Erziehungszeiten und der Erwerbstätigkeit.

Antrag WI01-Ä14

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	Migration und Vielfalt Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 216

Die Studiengebühren für internationale Studierende in Baden-Württemberg führen zu Nachteilen der Hochschulen im Wettbewerb um ausländische Studierende, wirken abschreckend und sind sozial diskriminierend. Daher müssen diese endlich abgeschafft werden. Ein weiterer Schlüssel zur Minderung des Fachkräftemangels ist die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispielsweise durch den Ausbau von

Betreuungskapazitäten.

Bei der Anwerbung von Fachkräften sollte ein Brain-Drain vermieden werden, sondern darauf geachtet werden eine win-win Situation für die Partnerländer/-Regionen zu erzeugen.

Gleichzeitig ist die europäische Dimension entscheidend: Baden-Württemberg sollte sich auch auf europäischer Ebene für die Schaffung und Finanzierung eines gemeinsamen Fachkräftenwerbeprogramms starkmachen, das legale und sichere Migrationswege fördert. Dies würde nicht nur den Zugang für qualifizierte Fachkräfte nach Baden-Württemberg erleichtern, sondern auch die Zusammenarbeit innerhalb der EU und die europäische Freizügigkeit von Arbeitnehmern stärken. Ein europaweit standardisierter Anerkennungsprozess für ausländische Qualifikationen würde den Zugang zum Arbeitsmarkt beschleunigen und den Verwaltungsaufwand verringern, und die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Baden-Württemberg könnte so im Herzen Europas zu einem Vorreiter und Vorstreiter für ein modernes und effizientes Migrationssystem werden, das Fachkräfte mobilisiert und gleichzeitig faire Arbeits- und Lebensbedingungen garantiert. Durch legale Migrationswege und klare Rahmenbedingungen sollte der Schutz und die Chancen für Fachkräfte und deren Familien sowie deren sozialverträgliche Integration in die Gesellschaft gefördert werden. Ein solcher Weg würde nicht nur den Fachkräftemangel lindern, sondern auch langfristig die Innovationskraft und den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs sichern.

Antrag WI01-Ä15

Änderungsantrag zu WI01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Konstanz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

Zeile 285 - 288

~~Baden-Württemberg muss wieder das führende Land in der Verwaltungsdigitalisierung werden und Maßstäbe bei einheitlichen Standards setzen, anstatt jede Kommune ihr eigenes Ding machen zu lassen. Wir fordern die konsequente Umsetzung des OZG 2.0. Dies wäre von großem Vorteil für Gesellschaft und Wirtschaft in Baden-Württemberg.~~

Baden-Württemberg muss das führende Land in der Verwaltungsdigitalisierung werden. Gerade mit Blick auf die große Zahl der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst, die innerhalb der nächsten Jahre in den Ruhestand eintreten, ist es essenziell, die Modernisierung der Landes- sowie der Stadt- und Gemeindeverwaltungen voranzubringen. Statt Individuallösungen braucht es einheitliche Standards, die flächendeckend und konsequent umgesetzt werden:

- ☐☐☐☐☐ Einführung der E-Akte,
- ☐☐☐☐☐ papierlose Verwaltungsarbeit,
- ☐☐☐☐☐ digitale Kollaborationstools,
- ☐☐☐☐☐ Interoperabilität digitaler Systeme,
- ☐☐☐☐☐ Umsetzung des OZG 2.0

Diese Maßnahmen erhöhen die Effizienz und Servicequalität der Verwaltung, aber auch die Attraktivität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu oft fehlt es jedoch an Know-how und finanziellen Mitteln, um den notwendigen Wandel vor Ort voranzutreiben. Die [Komm.ONE](#) muss als IT-Dienstleistungsorganisation und Anstalt des öffentlichen Rechts zu einem echten Service- und Informationsprovider weiterentwickelt werden. Hier bedarf es Anreize, einer gezielten Innovationsförderung, Agilität im Verwaltungsalltag, pragmatisch-unbürokratischer Lösungen und einer schlanken Digitalisierungsstrategie für die Kommunen – initiiert durch das Land. Zur Umsetzung streben wir an, die Digitalisierungskompetenz und -koordination auch innerhalb der Landesregierung ressortübergreifend zu bündeln, beispielsweise durch ein eigenes Digitalministerium oder eine Staatssekretärin bzw. einen Staatssekretär für Digitalisierungsfragen. So gelingt die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung als starker Ansprechpartner für Wirtschaft und Gesellschaft.

Antrag IR01-Ä01

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Stuttgart
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 308

Allen Radikalisierungen, egal ob es sich um islamistische oder rechtsextremistische Radikalisierungen handelt, ist gemein, dass sie oft an Jugendliche oder junge Erwachsene gerichtet sind, die in einem Moment der Orientierungslosigkeit vermeintliche Klarheit und Sinn in den angebotenen Deutungen der Welt sehen. Die Aufgabe eines präventiven Staates ist es, zu erkennen aufgrund welcher äußeren

Umstände wie eines Schulabbruchs oder ~~Jobverlusts~~Jobverlust oder Diskriminierungserfahrungen Menschen empfänglich für

Extremisten werden, welche Räume insbesondere in sozialen Medien genutzt werden, um als Echokammern Menschen einzufangen und mit attraktiven Gegenmodellen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. Insbesondere der Dialog als Mittel zur Vermeidung und zum Abbau von bestehenden Vorurteilen muss dabei genutzt werden. Wer im Austausch und Kontakt mit Menschen steht, wird diese nicht einfach pauschal der Gruppe der „Anderen“ oder der „Fremden“ zuweisen, sondern erkennt in etwa aus einem anderen Land nach Deutschland und Baden-Württemberg geflüchtete Menschen Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde sowie Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen.

Antrag IR01-Ä02

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Stuttgart
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 318

~~Die Schließung islamistischer, insbesondere salafistischer Moscheen~~ Ein Verbot von nachweislich verfassungsfeindlich tätigen religiösen Einrichtungen und Vereinen und die

Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit Moscheen, die auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, zur Prävention von Radikalisierungen und zur Stärkung demokratischer Strukturen im Islam sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Gegen Islamisten greifen wir mit aller Härte durch und lassen und gleichzeitig von Hass und Terror, wie wir ihn zuletzt etwa in Mannheim und Solingen sehen mussten, nicht spalten. Islamismus ist radikal und extremistisch. Islamismus verachtet die Werte, für die unser Land steht, er bekämpft diese Werte. Gleichzeitig gilt: Nur wenn Menschen, die auf dem Weg sind, sich zu radikalieren, durch demokratische Angebote abgeholt werden können, können wir Radikalisierungen effektiv unterbinden.

Antrag IR01-Ä03

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Stuttgart
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 321 - 322

Die Schließung islamistischer, insbesondere salafistischer Moscheen und die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit Moscheen, die auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, zur Prävention von Radikalisierungen und zur

Stärkung ~~demokratischer Strukturen im Islam~~ der gesellschaftlichen Integration und Anerkennung organisierter und nicht organisierter Muslim:innen sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Des Weiteren sollen demokratische Strukturen, die die Mitbestimmung der Gläubigen stärken, in islamischen Religionsgemeinschaften unterstützt und ausgebaut werden. Gegen Islamisten greifen wir mit aller Härte durch und lassen

und gleichzeitig von Hass und Terror, wie wir ihn zuletzt etwa in Mannheim und Solingen sehen mussten, nicht spalten. Islamismus ist radikal und extremistisch. Islamismus verachtet die Werte, für die unser Land steht, er bekämpft diese Werte. Gleichzeitig gilt: Nur wenn Menschen, die auf dem Weg sind, sich zu radikalieren, durch demokratische Angebote abgeholt werden können, können wir Radikalisierungen effektiv unterbinden.

Antrag IR01-Ä04

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 133 - 134

Die zunehmende Verlagerung des gesellschaftlichen Lebens ins Internet führt auch zu einer Verlagerung der Kriminalität. Bei der Verfolgung von Kinderpornographie oder organisierter Kriminalität sind wir auf Erkenntnisse ausländischer Sicherheitsbehörden angewiesen. Bei uns hängt es vom Zufall ab, ob bei einer Anfrage durch Polizeibehörden bei den privaten Internetanbietern noch Daten (insbesondere IP-Adressen und Portnummer) gespeichert sind und herausgegeben werden können, oder ob diese bereits gelöscht wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Wahrung der strengen Regelungen, die der EuGH und das BVerfG mit Blick auf den Schutz der

Persönlichkeitsrechte zurecht aufgestellt haben, ~~eine verpflichtende Mindestspeicherfrist~~ das Quick-Freeze-Verfahren eingeführt wird. Im Quick-Freeze-Verfahren können nach richterlicher Anordnung Verkehrsdaten eingefroren werden. Ab dem Zeitpunkt der Anordnung des Verfahrens dürfen Verkehrsdaten von den Providern dann nicht mehr gelöscht werden. Zeigt sich im Verlauf der Ermittlungen, dass die Verkehrsdaten für das Verfahren relevant sind, können die Ermittlungsbehörden nach weiterer richterlicher Anordnung auf die Daten zugreifen. Entscheidend ist dabei, dass diese Regelung die

betroffenen Rechtsgüter angemessen abwägt und so die Bürgerinnen und Bürger einerseits den Strafverfolgungsbehörden vertrauen können und andererseits die Polizei mit einer rechtssicheren und verlässlichen Ermächtigungsgrundlage handlungsfähig wird. Dabei bedarf es insbesondere einer klaren Frist. Zahlen des BKA zeigen, dass bei einer Speicherfrist von etwa 30 Tagen Anfragen in mehr als 90 % der Fälle erfolgreich wären. Eine Abfrage dieser Daten muss zusätzlich unter einem strengen Richtervorbehalt stehen und nur zur Bekämpfung schwerster, katalogartig aufgeführter Straftaten aus dem Bereich des Terrorismus, des sexuellen Missbrauchs und insbesondere der Kinderpornografie und der organisierten Kriminalität zulässig sein.

Antrag IR01-Ä05

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 138 - 140

Die zunehmende Verlagerung des gesellschaftlichen Lebens ins Internet führt auch zu einer Verlagerung der Kriminalität. Bei der Verfolgung von Kinderpornographie oder organisierter Kriminalität sind wir auf Erkenntnisse ausländischer Sicherheitsbehörden angewiesen. Bei uns hängt es vom Zufall ab, ob bei einer Anfrage durch Polizeibehörden bei den privaten Internetanbietern noch Daten (insbesondere IP-Adressen und Portnummer) gespeichert sind und herausgegeben werden können, oder ob diese bereits gelöscht wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Wahrung der strengen Regelungen, die der EuGH und das BVerfG mit Blick auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte zurecht aufgestellt haben, eine verpflichtende Mindestspeicherfrist eingeführt wird. Entscheidend ist dabei, dass diese Regelung die betroffenen Rechtsgüter angemessen abwägt und so die Bürgerinnen und Bürger einerseits den Strafverfolgungsbehörden vertrauen können und andererseits die Polizei mit einer rechtssicheren und verlässlichen Ermächtigungsgrundlage handlungsfähig

~~wird. Dabei bedarf es insbesondere einer klaren Frist. Zahlen des BKA zeigen, dass bei einer Speicherfrist von etwa 30 Tagen Anfragen in mehr als 90 % der Fälle erfolgreich wären~~wird. Eine Abfrage dieser Daten muss zusätzlich unter einem strengen

Richtervorbehalt stehen und nur zur Bekämpfung schwerster, katalogartig aufgeführter Straftaten aus dem Bereich des Terrorismus, des sexuellen Missbrauchs und insbesondere der Kinderpornografie und der organisierten Kriminalität zulässig sein.

Antrag IR01-Ä06

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 140

Die zunehmende Verlagerung des gesellschaftlichen Lebens ins Internet führt auch zu einer Verlagerung der Kriminalität. Bei der Verfolgung von Kinderpornographie oder organisierter Kriminalität sind wir auf Erkenntnisse ausländischer Sicherheitsbehörden angewiesen. Bei uns hängt es vom Zufall ab, ob bei einer Anfrage durch Polizeibehörden bei den privaten Internetanbietern noch Daten (insbesondere IP-Adressen und Portnummer) gespeichert sind und herausgegeben werden können, oder ob diese bereits gelöscht wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Wahrung der strengen Regelungen, die der EuGH und das BVerfG mit Blick auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte zurecht aufgestellt haben, eine verpflichtende Mindestspeicherfrist eingeführt wird. Entscheidend ist dabei, dass diese Regelung die betroffenen Rechtsgüter angemessen abwägt und so die Bürgerinnen und Bürger einerseits den Strafverfolgungsbehörden vertrauen können und andererseits die Polizei mit einer rechtssicheren und verlässlichen Ermächtigungsgrundlage handlungsfähig wird. Dabei bedarf es insbesondere einer klaren Frist. Zahlen des BKA zeigen, dass bei einer Speicherfrist von etwa 30 Tagen Anfragen in mehr als 90 % der Fälle

erfolgreich wären. Eine ~~Abfrage dieser Daten~~ Einleitung des Quick-Freeze-Verfahrens muss ~~zusätzlich unter einem strengen~~ unter strengem

Richtervorbehalt stehen und nur zur Bekämpfung schwerster, katalogartig aufgeführter Straftaten aus dem Bereich des Terrorismus, des sexuellen Missbrauchs und insbesondere der Kinderpornografie und der organisierten Kriminalität zulässig sein.

Antrag IR01-Ä07

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 147 - 156

Die Schaffung neuer gesetzlicher Ermächtigungen alleine genügt aber nicht, wie auch der Fall der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) in Baden-Württemberg zeigt: Seit ihrer Einführung zum 8. Dezember 2017 kam dieses Instrument nicht ein

einziges Mal zum Einsatz. ~~Die Quellen-TKÜ ist ein eigentlich wichtiges Werkzeug, weil auf diese Weise auf Kommunikationsdaten zugegriffen werden kann, bevor diese verschlüsselt und versandt werden. Infolge einer zunehmenden Verschlüsselung der Kommunikation ist dies ein wichtiges Mittel für die Gefahrenabwehr durch staatliche Sicherheitsbehörden. Jedoch fehlt es an einer technischen Lösung für die Sicherstellung~~ Damit die Quellen-TKÜ verfassungskonform ist ist eine Garantie erforderlich, dass lediglich laufende Kommunikation überwacht wird und aber nicht auf andere auf dem Gerät liegende Daten zugegriffen wird. Erforderlich ist Durch die zunehmende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist ein Abgreifen der Kommunikationsdaten nur auf den Endgeräten der Nutzer:innen möglich. Hierfür muss Schadsoftware auf den Endgeräten der Nutzer:innen installiert werden. Technisch ist es jedoch nicht möglich sicherzustellen, dass diese Software ausschließlich auf laufende Kommunikation zugreifen kann. Wir fordern daher, folgerichtig die Abschaffung der Quellen-TKÜ und dass die Polizei endlich mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird, stattdessen grundrechtskonforme und technisch realisierbare Werkzeuge erhält um Gefahren effektiv wirksam zu bekämpfen zu können. ~~Andernfalls droht die Gefahr, dass Baden-Württemberg in diesem Bereich abgehängt wird.~~

Antrag IR01-Ä08

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 234 - 237

Desinformation, sowohl aus dem Inland sowie aus dem Ausland gesteuert, ist eine politische Strategie mit dem Ziel der Destabilisierung unserer Demokratie. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die mediale Verbreitung von falschen und irreführenden Informationen eine enorme Wirkung auf Mediennutzerinnen und Mediennutzer haben und dass das Vertrauen derjenigen, die unserer Demokratie bereits

kritisch gegenüberstehen, weiter sinkt. Sehr entscheidend ist deshalb, ~~das wir insbesondere Jugendliche und Kinder vor Desinformation~~ Kinder und Jugendliche im Rahmen präventiver Angebote in frühkindlicher Betreuung und weiterführend über die Jugendhilfe in Schulen und Jugendhäusern über zielgruppen- und pädagogisch altersgerechte Medienangebote zu Desinformation und vor allem als gezielte ~~Einflussnahme radikaler Kräfte in Social Media schützen und diese~~ zu informieren und sie zu befähigen, Fake News klar von Fakten klar von Fake News zu unterscheiden, um den Populisten nicht auf den Leim zu gehen. Damit wird ein frühestmöglicher und resilienter Kompetenzaufbau von Kindern und Jugendlichen ermöglicht und die Chance eröffnet, dass sich Kinder in einer digitalen Welt eigenständig informieren und verantwortungsvoll agieren können.

Ergänzend zu diesem Ansatz sollen Eltern bereits im Rahmen frühkindlicher Bildung durch geschultes Fachpersonal in den Einrichtungen über die Gefahren kritischen Medienkonsums informiert und in einem langfristigen Rahmen begleitet werden. Als Ansatz dienen Schwerpunkt-Elternabende oder Eltern-Kind-Cafés in Kitas, aber auch Beratungsangebote kommunaler Kinderbüros und darauf aufbauend die Stärkung präventiver Angebote in Schulen, Jugendhäusern und Beratung durch die freiwillige Erziehungshilfe. Dazu soll das Land Baden-Württemberg die lokale Präventionsarbeit und Demokratiestrategien stärken und mit kommunalen Trägern, Wohlfahrtsverbänden und privaten Anbietern von Kindergärten und Kindertagesstätten in allen baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen Kompetenznetzwerke aufbauen und/oder weiterentwickeln, um eine flächendeckende Präventionsarbeit zu gewährleisten.

Dies erfordert ein ganzheitliches Konzept zur Stärkung der Medienkompetenz auf allen Ebenen in unserem Land. Die Landesanstalt für Kommunikation verfügt bereits über eine hervorragende Expertise im Bereich Kinder- und Jugendschutz und hat zahlreiche Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz erarbeitet. Diese sollte stärker als bislang genutzt werden, um Kinder und Jugendliche frühzeitig mit entsprechenden Projekten in die Lage zu versetzen, die Gefahren wie Hass, Mobbing, Cyber-Grooming und Falschinformationen rechtzeitig zu erkennen und sich dagegen zu wappnen. Auch die Medienkompetenz von Erwachsenen wollen wir flächendeckend stärken. Wir wollen die öffentlich-rechtlichen Medien stärken, damit eine faktenbasierte Berichterstattung gefördert wird.

Begründung

Kinder wachsen heute in einer digital vernetzten Welt auf und kommen bereits im Kita-Alter in Kontakt mit Medien und digitalen Inhalten – sei es durch das Smartphone und/oder Tablet oder den Fernseher der Eltern, Verwandten, älteren Geschwistern oder Babysittern. Schon früh beginnen sie, digitale Inhalte wahrzunehmen und mit ihnen zu interagieren. Damit sind sie einer täglichen Flut von Informationen

ausgesetzt, die nicht immer vertrauenswürdig oder faktenbasiert ist. Besonders in sozialen Medien wird Desinformation, Hass und sexuelle Gewalt oft bewusst verbreitet, um bestimmte Meinungen zu manipulieren oder zu extremistischen Zielen zu instrumentalisieren. Ohne die Fähigkeit, diese gezielte Einflussnahme zu erkennen und kritisch zu hinterfragen, sind Kinder und junge Menschen dem Risiko ausgesetzt, Meinungen und Verhaltensweisen zu übernehmen, die sie in ihrer eigenen Entwicklung einschränken und sogar ihre Sicherheit gefährden könnten.

Antrag IR01-Ä09

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 307 - 317

Allen Radikalisierungen, egal ob es sich um islamistische oder rechtsextremistische Radikalisierungen handelt, ist gemein, dass sie oft an Jugendliche oder junge Erwachsene gerichtet sind, die in einem Moment der Orientierungslosigkeit vermeintliche Klarheit und Sinn in den angebotenen Deutungen der Welt sehen. Die

Aufgabe eines präventiven Staates ist es, frühzeitig zu erkennen ~~aufgrund welcher äußeren Umstände wie eines Schulabbruchs oder Jobverlusts Menschen empfänglich für Extremisten werden~~, welche Räume insbesondere in sozialen Medien genutzt werden, um als Echokammern Menschen einzufangen und mit attraktiven Gegenmodellen für inneren und äußeren Umstände Menschen für radikale und extremistische Einflüsse empfänglich machen. Im Hinblick auf die langfristige Stabilität und Sicherheit unserer Gesellschaft ist es von entscheidender Bedeutung, bereits in der frühkindlichen Bildung präventive Angebote zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. ~~Insbesondere der Dialog als Mittel zur Vermeidung und zum Abbau von bestehenden Vorurteilen muss dabei genutzt werden.~~ Wer auf kommunaler Ebene im Austausch und Kontakt mit Menschen steht, wird diese nicht einfach pauschal der Gruppe der „Anderen“ oder der „Fremden“ zuweisen, sondern erkennt in etwa aus einem anderen Rahmen von Demokratieförderungsstrategien für Kinder und Eltern flächendeckend in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen Baden-Württembergs bereitzustellen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll das Land nach Deutschland und Baden-Württemberg geflüchtete Menschen Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde künftig Ausschreibungen zur Demokratieförderung und Stärkung der Medienkompetenz verstärkt und systematisch für Wohlfahrtsverbände sowie Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen kommunale Träger ausbauen. Gleichzeitig ist es essenziell, dass Lehrplananpassungen zu Demokratieförderung und Rechtsstaatlichkeit für alle Schulzweige stärker berücksichtigt und integriert werden. Diese Maßnahmen sollen durch geschulte Fachkräfte in Kitas und Kindertagesstätten und den geschulten Lehrkörper in allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen altersgerecht und zielgruppenspezifisch angeboten und weiterentwickelt werden. So fördern wir das demokratische Bewusstsein und die Resilienz schon in den ersten Lebensjahren und legen eine solide Grundlage für eine generationenübergreifende Verankerung demokratischer Werte.

Begründung

Geschichte ermahnt uns, die Zukunft im Blick zu halten. Studien zeigen, dass präventive Arbeit in frühen Jahren meist nachhaltiger und erfolgreicher ist als spätere Interventionen. Wenn Werte wie Toleranz und Demokratie von Anfang an in das Denken und Handeln integriert sind, reduziert dies das Risiko einer späteren Radikalisierung. Durch Prävention wird ein stabiler Grundstein für eine demokratische, respektvolle und tolerante Gesellschaft gelegt. Dies stärkt Kinder darin, zu selbstbewussten und kritisch denkenden Individuen heranzuwachsen, die sich weniger anfällig für manipulative und extremistische Einflüsse zeigen. Eine frühzeitige Präventionsarbeit schafft damit eine langfristige und nachhaltige Wirkung im Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus

Antrag IR05-Ä01

Änderungsantrag zu IR05

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 1 - 2

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich ~~mit aller Kraft~~ dafür ein, dass ~~im Bund und im~~ das Integrationsmanagement in Baden-Württemberg finanziell auskömmlich gestaltet wird. Im Zuge der Neufassung der Verwaltungsvorschrift Integrationsmanagement hat sich die finanzielle Ausstattung des Integrationsmanagements signifikant verschlechtert. Das steht nicht nur der Integration der Geflüchteten, sondern auch der Gewinnung und Bindung von qualifiziertem Fachpersonal entgegen und erhöht die Arbeitsbelastung für die Integrationsmanager:innen. Durch die nun beschlossene Reduzierung des LEA-Privilegs sind Städte, die LEA-Standort sind, besonders zu berücksichtigen. Die Weiterentwicklung des Systems bzw. der Verwaltungsvorschrift Integrationsmanagement muss künftig mit kommunalen Vertreter:innen sowie Flüchtlingsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden beraten werden. Zwar ist das Integrationsmanagement eine freiwillige Leistung des Landes, aber Land ~~die Mittel~~ und Kommunen sind auf gute Zusammenarbeit angewiesen. Das Integrationsmanagement muss zunehmend entbürokratisiert werden, damit die Kommunen vom sehr hohen Koordinierungsaufwand entlastet werden. Wir erwarten, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Arbeit der Regeldienste nicht auf die Integrationsmanager:innen abgewälzt wird. Wenn das Integrationsmanagement zusätzliche Aufgaben erhält, müssen hierfür auch immer zusätzliche personelle Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Das gilt z.B. aktuell für die ~~Betreuung geflüchteter Menschen durch Integrationsmanager, aufgestockt werden~~ neue Aufgabe der Extremismusprävention.

Antrag IR01-Ä10

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Heidelberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 193

Es bedarf dafür Dienstvorschriften zum Umgang mit sexueller Belästigung als klares Signal von der Spitze der Polizei, dass solches Verhalten nicht geduldet und Personen, die Missstände offenlegen, geschützt werden. Meldewege für Vorfälle sexueller Belästigung müssen klar festgelegt und kommuniziert werden, die weiteren Schritte inklusive eines Zeitplans müssen klar sein. Es darf nicht sein, dass Opfer von sexueller Belästigung im Unklaren über den weiteren Prozess gelassen werden oder

darüber in welchem Zeitraum den Vorwürfen nachgegangen und diese geklärt werden. Daneben ist Prävention sexueller Gewalt essentiell, damit es gar nicht erst so weit kommt. Wir fordern eine breite Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der Polizei Baden-Württemberg, auch durch Schulungen, Workshops oder ähnliche Formate für alle Beschäftigten bei den Polizeibehörden.

Antrag IR01-Ä11

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 47

In Polen und Ungarn wurde uns schmerzlich vor Augen geführt, wie Populisten insbesondere die Justiz, die Medien und die Kultur als ihren Spielball missbrauchen und gezielt attackieren. Dies macht deutlich, dass wir auch in unserem Bundesland unsere Institutionen verfassungsfest machen müssen. Dies gilt in erster Linie für den Verfassungsgerichtshof, der für Baden-Württemberg in vielfältigen verfassungsrechtlichen Streitigkeiten entscheidet und dabei eine schützende Grundposition mit Blick auf Grundrechte, den Schutz von Minderheiten und Grundprinzipien wie der freien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Sozialstaatlichkeit einnimmt. Die Diskussion um die Einführung eines Zwei-Drittel-Quorums bei der Wahl der Verfassungsrichter in Baden-Württemberg halten wir wegen der damit verbundenen Gefahr der Sperrminorität und Blockademöglichkeit in Baden-Württemberg nicht für zielführend. Vielmehr braucht es andere Mechanismen, den Verfassungsgerichtshof vor möglichen Angriffen zu schützen. Im Hinblick auf die Lehren, die man beispielsweise aus der Absenkung des Pensionsalters bei Richterinnen und Richtern in Polen ziehen kann, fordern wir die geübte Praxis, pensionierte Richterinnen und Richter nicht automatisch ausscheiden zu lassen, in eine gesetzliche Normierung zu überführen. Wir benötigen eine Regelung in der Verfassung, dass der Spruchkörper als solches geschützt wird und auch dann entscheidungsfähig bleibt, wenn eine Nach- oder Ergänzungswahl im Landtag zu keiner Entscheidung führt. Hierzu müssen wir im Einvernehmen mit den anderen demokratischen Fraktionen eine Entscheidung treffen. Wir müssen außerdem verhindern, dass einfachgesetzliche Verfahrensregelungen geschaffen werden können, die den Verfassungsgerichtshof in seiner Arbeit

beeinträchtigen könnten. Hierzu fordern wir die Durchführung einer wissenschaftlichen Analyse nach dem Vorbild des „Thüringer Projektes“, die sich intensiv mit den demokratischen Strukturen und Prozessen in Baden-Württemberg auseinandersetzt. Sie soll prüfen, welche Risiken für die Demokratie - insbesondere hinsichtlich der Verfahrensregelungen im Landtag, den Regelungen zum Verfassungsgerichtshof und dem Landesamt für Verfassungsschutz - in unserem Land bestehen, sollten extremistische Kräfte weiter erstarken. Ein besonderer Fokus soll auch darauf gelegt werden, welche Spielräume eine autoritäre Partei auf Landesebene hätte, um ihre Macht zum Schaden der Demokratie einzusetzen. Ggf. sind die Ergebnisse der Analyse schnellstmöglich in politisches Handeln zu übersetzen.

Antrag IR01-Ä12

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 48

Nicht nur der Verfassungsgerichtshof, sondern auch das Landesamt für Verfassungsschutz, der öffentlich rechtlich Rundfunk als auch unsere kommunale Selbstverwaltung muss vor dem Zugang von Verfassungsfeinden geschützt werden. Auf kommunaler Ebene finden die demokratischen Prozesse statt, deren Ergebnisse unmittelbar vor Ort spürbar werden. Wenn kommunale Wahlämter von Antidemokraten besetzt werden, gefährdet dies unsere Demokratie. Wir fordern daher, dass Personen, die wegen Volksverhetzung oder dem Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen verurteilt wurden, von der Wählbarkeit ausgeschlossen werden können.

Antrag IR01-Ä13

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 328

Die Schließung islamistischer, insbesondere salafistischer Moscheen und die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit Moscheen, die auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, zur Prävention von Radikalisierungen und zur Stärkung demokratischer Strukturen im Islam sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Gegen Islamisten greifen wir mit aller Härte durch und lassen und gleichzeitig von Hass und Terror, wie wir ihn zuletzt etwa in Mannheim und Solingen sehen mussten, nicht spalten. Islamismus ist radikal und extremistisch. Islamismus verachtet die Werte, für die unser Land steht, er bekämpft diese Werte. Gleichzeitig gilt: Nur wenn Menschen, die auf dem Weg sind, sich zu radikalieren, durch demokratische Angebote abgeholt werden können, können wir Radikalisierungen

effektiv unterbinden. Aus diesem Grund fordern wir das möglichst flächendeckende Anbieten von muslimischem Religionsunterricht an den Schulen des Landes Baden-Württemberg, um extremen Religionsüberzeugungen und Versuchen der Radikalisierung frühestmöglich Einhalt zu gebieten. Es ist darauf zu achten, dass der Unterricht nicht durch radikale Organisationen beeinflusst und unterwandert wird, die seinem eigentlichen Zweck entgegenstehen.

Antrag IR01-Ä14

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Lörrach
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 156

Die Schaffung neuer gesetzlicher Ermächtigungen alleine genügt aber nicht, wie auch der Fall der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) in Baden-Württemberg zeigt: Seit ihrer Einführung zum 8. Dezember 2017 kam dieses Instrument nicht ein einziges Mal zum Einsatz. Die Quellen-TKÜ ist ein eigentlich wichtiges Werkzeug, weil auf diese Weise auf Kommunikationsdaten zugegriffen werden kann, bevor diese verschlüsselt und versandt werden. Infolge einer zunehmenden Verschlüsselung der Kommunikation ist dies ein wichtiges Mittel für die Gefahrenabwehr durch staatliche Sicherheitsbehörden. Jedoch fehlt es an einer technischen Lösung für die Sicherstellung, dass lediglich laufende Kommunikation überwacht wird und nicht auf andere auf dem Gerät liegende Daten zugegriffen wird. Erforderlich ist daher, dass die Polizei endlich mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird, um Gefahren effektiv bekämpfen zu können. Andernfalls droht die Gefahr, dass Baden-Württemberg in diesem Bereich abgehängt wird. Ein Offenhalten von IT-Schwachstellen lehnen wir aber ab. Offene IT-Schwachstellen können von allen, also auch fremden Geheimdiensten, terroristischen Gruppen und Kriminellen genutzt werden. Wir wollen Behörden dazu verpflichten, offene Schwachstellen den IT-Herstellern zu melden.

Antrag IR01-Ä15

Änderungsantrag zu IR01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Lörrach
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

Zeile 244

Desinformation, sowohl aus dem Inland sowie aus dem Ausland gesteuert, ist eine politische Strategie mit dem Ziel der Destabilisierung unserer Demokratie. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die mediale Verbreitung von falschen und irreführenden Informationen eine enorme Wirkung auf Mediennutzerinnen und Mediennutzer haben und dass das Vertrauen derjenigen, die unserer Demokratie bereits kritisch gegenüberstehen, weiter sinkt. Sehr entscheidend ist deshalb, dass wir insbesondere Jugendliche und Kinder vor Desinformation vor allem als gezielte Einflussnahme radikaler Kräfte in Social Media schützen und diese befähigen, Fake News klar von Fakten zu unterscheiden, um den Populisten nicht auf den Leim zu gehen. Dies erfordert ein ganzheitliches Konzept zur Stärkung der Medienkompetenz auf allen Ebenen in unserem Land. Die Landesanstalt für Kommunikation verfügt bereits über eine hervorragende Expertise im Bereich Kinder- und Jugendschutz und hat zahlreiche Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz erarbeitet. Diese sollte stärker als bislang genutzt werden, um Kinder und Jugendliche frühzeitig mit entsprechenden Projekten in die Lage zu versetzen, die Gefahren wie Hass, Mobbing, Cyber-Grooming und Falschinformationen rechtzeitig zu erkennen und sich dagegen zu wappnen. Inbesondere in Zeiten zunehmender Verfügbarkeit von Künstlicher Intelligenz kommt dem eine besondere Bedeutung zu. Auch die

Medienkompetenz von Erwachsenen wollen wir flächendeckend stärken. Wir wollen die öffentlich-rechtlichen Medien stärken, damit eine faktenbasierte Berichterstattung gefördert wird.

Antrag PO02-Ä01

Änderungsantrag zu PO02

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Neckar Odenwald
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

Zeile 1

~~Der Landesparteitag möge beschließen,~~

Zeile 2

~~dass für die zukünftige Aufstellung der Landeslisten zu den Parlamentswahlen gilt:~~

Zeile 3

~~1. Landeslisten zur Bundestagswahl~~

Zeile 4

~~1. Mitglieder der Listenfindungskommission~~

Zeile 5 - 7

~~Die Aufstellung der Landesliste wird weiterhin von einer Findungskommission vorbereitet. Dieser gehören nach dem Beschluss des Landesparteitags von Sindelfingen aus dem Jahr 1997 an:~~

Zeile 8

~~• die/der Landesvorsitzende,~~

Zeile 9 - 10

~~• die/der Vorsitzende der Landesgruppe der baden-württembergischen SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und~~

Zeile 11

~~• die vier stellvertretenden Landesvorsitzenden.~~

Zeile 12 - 16

~~Bei Befangenheit (also insbesondere eigener Kandidatur) von stellvertretenden Landesvorsitzenden soll der Landesvorstand auf Vorschlag der Kreisvorsitzenden der jeweiligen Regionen einen Vertreter / eine Vertreterin aus demselben Regierungsbezirk der / des stellvertretenden Landesvorsitzenden benennen, der / die nicht zu kandidieren beabsichtigt.~~

Zeile 17 - 18

~~Die Zusammensetzung der Findungskommission wird den Kreisverbänden kommuniziert, sobald diese feststeht.~~

Zeile 19

~~2. Kommunikation~~

Zeile 20 - 21

~~Die Mitglieder der Findungskommission stehen den Kreisverbänden und deren Kandidaten / Kandidatinnen zur Verfügung und erläutern das Verfahren.~~

Zeile 22 - 23

~~Der Landesverband führt einen Kandidierendenkonvent als Startpunkt für den Prozess der Listenaufstellung und des beginnenden Bundestagswahlkampfes durch.~~

Zeile 24 - 28

~~Die Listenfindungskommission soll vor der Erstellung des Vorschlags jeden Kandidaten / jede Kandidatin einmal gesprochen und kennengelernt haben. Hierzu wird ein Kandidierenden-Hearing durchgeführt, bei der alle Bewerber / Bewerberinnen die Möglichkeit erhalten, sich persönlich mit den Mitgliedern der Findungskommission zu treffen, sich vorzustellen und auszutauschen.~~

Zeile 29 - 31

~~Zentral für das gesamte Verfahren des Listenaufstellungsverfahrens ist ein wertschätzender und motivierender Umgang mit jedem einzelnen Kandidaten / jeder einzelnen Kandidatin.~~

Zeile 32

~~3. Vorschlag der Listenfindungskommission~~

Zeile 33

~~Die Findungskommission erarbeitet einen ausgewogenen Beschlussvorschlag.~~

Zeile 34 - 35

~~Dabei berücksichtigt sie zuvorderst die persönliche und politische Eignung und Befähigung sowie den Werdegang der Kandidaten / Kandidatinnen.~~

Zeile 36 - 37

~~Des Weiteren sorgt sie dafür, dass der Beschlussvorschlag die Vorgaben unserer Statuten und unserer Beschlüsse erfüllt:~~

Zeile 38

~~• Die Geschlechterquote nach dem Reißverschlussverfahren.~~

Zeile 39

~~• Die angemessene Vertretung der Regierungsbezirke und Gegenden des Landes.~~

Zeile 40 - 43

~~• Die Jugendquote, also dass mindestens 10 % der aussichtsreichen Listenplätze mit Personen im Juso-Alter (unter 35 Jahren) zu besetzen sind. Als aussichtsreiche Listenplätze gelten all jene Listenplätze, die bei der vorausgegangenen Wahl zu einem Einzug in den Deutschen Bundestag geführt haben.~~

Zeile 44 - 45

~~Die Findungskommission berücksichtigt die Belange der Kreisverbände, die seit längerem auf keiner Ebene parlamentarisch repräsentiert sind.~~

Zeile 46

~~4. Einbringung durch den Landesvorstand~~

Zeile 47 - 51

~~Der Landesvorstand berät den Vorschlag der Findungskommission. Jedem Kandidaten / jeder Kandidatin wird die Möglichkeit zur persönlichen Vorstellung im Landesvorstand eingeräumt, es sei denn er/sie verzichtet darauf. Der Landesvorstand nimmt seine Führungsaufgabe bei der Aufstellung der Landesliste durch die Einreichung eines ausgewogenen Vorschlages auf der Landesvertreter/-innenversammlung wahr.~~

Zeile 52

~~5. Landesvertreter/-innenversammlung~~

Zeile 53 - 55

~~Den Beratungen der Landesvertreter/-innenversammlung liegt der Vorschlag des Landesvorstands zugrunde. Bei der Einbringung des Listenvorschlages auf der Landesvertreter/-innenversammlung werden die Platzierungsvorschläge begründet.~~

Zeile 56 - 57

~~Weitere Vorschläge sind – nach Maßgaben der Wahlgesetze durch jeden Delegierten / jede Delegierte – möglich.~~

Zeile 58

~~II. Landeslisten zur Landtagswahl~~

Zeile 59 - 61

~~Für die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl gilt das oben unter I. zur Aufstellung der Landesliste~~

~~zur Bundestagswahl beschriebene Verfahren entsprechend, jedoch mit folgenden Maßgaben:~~

Zeile 62

~~1. Mitglieder der Listenfindungskommission~~

Zeile 63 - 67

~~Der Findungskommission gehört die/der Vorsitzende der Landesgruppe der baden-württembergischen SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag nicht an. An seine/ihre Stelle tritt der/die Vorsitzende der Landtagsfraktion. Ist der/die Vorsitzende der Landtagsfraktion bereits Mitglied der Findungskommission, so bleibt diese Position unbesetzt.~~

Zeile 68

~~2. Erst- und Zweitkandidaten~~

Zeile 81

~~III. Übergangsregelungen durch Wahlrechtsänderungen~~

Zeile 82 - 84

~~Für die Berechnung der Jugendquote für die Aufstellung der ersten Landesliste zur Landtagswahl ist davon auszugehen, dass bei der letzten Wahl die ersten neunzehn Listenplätze zu einem Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg geführt haben.~~

Zeile 85

~~IV. Aufhebung entgegenstehender Beschlüsse~~

Zeile 86 - 87

~~Alle entgegenstehenden Beschlüsse und Konventionen zur Aufstellung der Landeslisten sind aufgehoben.~~

Begründung

Ziel unseres Antrags war es, neben einigen inhaltlichen Neuerungen auch nochmal das gesamte Verfahren der Listenaufstellung transparent in einem statt in vielen verschiedenen Beschlüssen darzustellen. Dies ist uns allerdings nicht gelungen (daher steht die Empfehlung wohl auf „Erledigt durch Beschlussfassung“). Daher wollen wir unseren Antrag auf diese inhaltliche Neuerung beschränken. Ob die Nachfolge in ein SPD-Listenmandat zwingend über ein Ersatzlistenmandat aus demselben KV erfolgt oder der jeweils nächste Listenbewerber zum Zug kommt, ist eine hochpolitische Frage. Hierzu halten wir eine Beschlussfassung des Landesparteitags für wünschenswert.

Die dazugehörige Begründung bleibt unverändert:

„Das Landtagswahlrecht eröffnet uns für die Listenaufstellung zwei möglich Modelle:

- Modell 1: Wir stellen eine einzige Landesliste auf. Scheidet ein/e über die Landesliste gewählter Landtagsabgeordnete/r aus dem Landtag aus, so wird er/sie durch den/die nächstplatzierte/n

Kandidaten/in auf der Liste ersetzt.

- Modell 2: Wir stellen neben der Landesliste auch eine „Landesersatzliste“ auf. Jedem/r Kandidaten/in wird eine Ersatzperson zugewiesen. Scheidet ein/e Landtagsabgeordnete/r aus, tritt seine/ihre persönliche Ersatzperson für ihn/sie ein.

Da die Wahlkreise aufgefordert werden, Teams von Personen unterschiedlichen Geschlechts aufzustellen, ist nicht nur Modell 1, sondern auch Modell 2 im Hinblick auf die Geschlechterquote neutral.

Modell 1 hat gegenüber Modell 2 unseres Erachtens zahlreiche Vorteile. So erhalten auch die nach der Wahl zunächst nicht im Landtag vertretenen (Erst-)Kandidaten eine Chance, in den Landtag „aufzurücken“. Sollten die Zweitkandidaten der Wahlkreise jedoch regelmäßig auch Ersatzperson für den Listenplatz ihres Erstkandidaten des Wahlkreises sein, so würden die Mandate weiterhin häufiger in einem Kreisverband „weitergegeben“. Dies erachten wir als nicht sinnvoll. Die Listenmandate werden aufgrund des Wahlerfolgs der gesamten SPD in ganz Baden-Württemberg vergeben, ein Bezug zu spezifischen Wahlkreisen besteht nicht. Erhält die SPD z.B. 20 Mandate und scheidet im Laufe der fünfjährigen Legislaturperiode ein Landtagsabgeordneter aus, so ist es wünschenswert, wenn sich der Kandidat auf Listenplatz 21 nun über das Mandat freuen darf und mal ein neuer SPD-Kreisverband mit einem Abgeordneten repräsentiert ist. Etwas anderes ist freilich bei den Direktmandaten der Fall. Diese werden im Wahlkreis gewonnen, sodass auch die Nachfolge aus dem Wahlkreis erfolgen sollte.

Der Landesvorstand spricht sich bisher für das Modell 2 aus (Beschluss Nr. 31 / 2022-2024 vom 09.03.2024), und führt dazu aus: „Eine Zielsetzung dieses beschlossenen Verfahrens ist, dass im Fall des Ausscheidens eines Mitglieds des Landtags auf jeden Fall der/die Ersatzbewerber:in aus dem Wahlkreis nachrückt und die Nachbesetzung nicht über eine andere Person auf der Landesliste erfolgt.“ Der Landesvorstand führt aber nicht aus, warum dieses Verfahren vorzugswürdig sein sollte. Nach unserer Auffassung schwächt das System vor allem die weit überwiegende Anzahl der Kreisverbände und Wahlkreise, die bei der Listenaufstellung ohnehin das Nachsehen haben.

Modell 1 ist ähnlich zum bewährten Landeslisten-Modell bei Bundestagswahlen. Auch dort schaffen wir es mit diesem Modell gute und auch regional ausgewogene Listen aufzustellen. Modell 2 hat hingegen keine unmittelbaren Vorbilder. Bei Europawahlen gibt es zwar eine Ersatzliste. Die SPD-Europa(ersatz)liste wird aber bundesweit aufgestellt und alle unmittelbaren Untergliederungen, d.h. die Landesverbände, sind auf ihr – zumindest über ein, zwei Legislaturperioden – auf aussichtsreichen Plätzen repräsentiert. Dies könnten wir mit der SPD-Landes(ersatz)liste gerade nicht für alle unmittelbaren Untergliederungen, d.h. die Kreisverbände, erreichen.“

Antrag UV01-Ä01

Änderungsantrag zu UV01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Stuttgart
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

Zeile 31

Viele Menschen wollen eine Verkehrswende. Hierbei muss das Land Baden-Württemberg die Kreise und Kommunen finanziell stärken, die als Träger der kommunalen Verkehrsbetriebe den Ausbau des Verkehrsangebots für die Menschen vor Ort stemmen.

Das Deutschlandticket muss erhalten bleiben und seine Finanzierung langfristig und gemeinsam von Bund und Ländern gesichert werden. Wir stellen uns gegen Preiserhöhungen beim Deutschlandticket und befürworten Modelle

wie kostengünstige Familientickets sowie Initiativen zu (schrittweise) ticketlosem Nahverkehr. Der Nahverkehr braucht mehr Personal, um vernetzte Mobilitätskonzepte vor Ort umzusetzen. Erst, wenn das ÖPNV-Angebot flächendeckend auch im ländlichen Raum als Alternative wahrgenommen wird, kann es sein Potenzial bei der Verkehrswende entfalten.

Antrag UV03-Ä01

Änderungsantrag zu UV03

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Stuttgart
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

Zeile 20

- Das Deutschlandticket muss erhalten bleiben und seine Finanzierung langfristig und gemeinsam von Bund und Ländern gesichert werden.
- Rückkehr des Deutschlandtickets zum alten Preis von 49 Euro;

Antrag UV01-Ä02

Änderungsantrag zu UV01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

Zeile 31 - 33

Viele Menschen wollen eine Verkehrswende. Hierbei muss das Land Baden-Württemberg die Kreise und Kommunen finanziell stärken, die als Träger der kommunalen Verkehrsbetriebe den Ausbau des Verkehrsangebots für die Menschen vor Ort stemmen.

Wir ~~stellen uns gegen Preiserhöhungen beim Deutschlandticket und befürworten Modelle~~ stehen für eine kostenfreien und ticketlosen ÖPNV in Deutschland. Bis das realisierbar ist brauchen wir bezahlbare Tickets wie kostengünstige Familientickets sowie Initiativen zu (schrittweise) ticketlosem Nahverkehr das Deutschlandticket oder das Jugendticket für alle, dabei muss es für Familien, Renter*innen oder Personen aus finanziell schwächeren Haushalten Vergünstigungen geben. Der Nahverkehr braucht mehr Personal, um vernetzte Mobilitätskonzepte vor

Ort umzusetzen. Erst, wenn das ÖPNV-Angebot flächendeckend auch im ländlichen Raum als Alternative wahrgenommen wird, kann es sein Potenzial bei der Verkehrswende entfalten.

Antrag UV01-Ä03

Änderungsantrag zu UV01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

Zeile 34 - 36

Viele Menschen wollen eine Verkehrswende. Hierbei muss das Land Baden-Württemberg die Kreise und Kommunen finanziell stärken, die als Träger der kommunalen Verkehrsbetriebe den Ausbau des Verkehrsangebots für die Menschen vor Ort stemmen. Wir stellen uns gegen Preiserhöhungen beim Deutschlandticket und befürworten Modelle wie kostengünstige Familientickets sowie Initiativen zu (schrittweise) ticketlosem Nahverkehr. Der Nahverkehr braucht mehr Personal, um vernetzte Mobilitätskonzepte vor

Ort umzusetzen. ~~Erst, wenn das ÖPNV-Angebot flächendeckend auch im ländlichen Raum als Alternative wahrgenommen wird, kann~~Auch auf dem Land muss es sein Potenzial bei der Verkehrswende entfalten einen flächendeckenden und verlässlichen ÖPNV geben, dabei sollen verschiedene Konzepte wie Rufbusse und Sammeltaxis ergänzend zu dem bestehenden ÖPNV erprobt werden. Auch ein zuverlässiger und flächendeckender Nachtverkehr muss in den nächsten Jahren etabliert werden.

Antrag UV01-Ä04

Änderungsantrag zu UV01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

Zeile 36

Viele Menschen wollen eine Verkehrswende. Hierbei muss das Land Baden-Württemberg die Kreise und Kommunen finanziell stärken, die als Träger der kommunalen Verkehrsbetriebe den Ausbau des Verkehrsangebots für die Menschen vor Ort stemmen. Wir stellen uns gegen Preiserhöhungen beim Deutschlandticket und befürworten Modelle wie kostengünstige Familientickets sowie Initiativen zu (schrittweise) ticketlosem Nahverkehr. Der Nahverkehr braucht mehr Personal, um vernetzte Mobilitätskonzepte vor Ort umzusetzen. Erst, wenn das ÖPNV-Angebot flächendeckend auch im ländlichen Raum als Alternative wahrgenommen wird, kann es sein Potenzial bei der Verkehrswende entfalten. Damit dies gelingt sind die Reaktivierungen von Bahnstrecken ein elementarer Schlüssel. Wir fordern, dass die Reaktivierungen nicht nach Kosteneffizienz und Wirtschaftlichkeit, sondern nach dem Nutzen für die Bevölkerung entschieden wird. Hierzu soll bereits ein positiver (>0,0) Kosten-Nutzen-Faktor ausreichend sein.

Antrag UV01-Ä05

Änderungsantrag zu UV01

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

Zeile 70 - 71

Unter den Folgen des Klimawandels, die mit unter anderem mit einer starken Erhitzung unserer Innenstädte einhergeht, leiden insbesondere diejenigen, die die keinen Garten

und keinen Balkon besitzen. Deshalb ~~müssen wir insbesondere dort~~ ist es von zentraler Bedeutung, dass wir eine klimagerechte Stadtentwicklung umsetzen. Mehr Grünfläche, mehr Parks und mehr Bäume sind gerade in großen Städten von zentraler Bedeutung, da diese einen kühlen Ort für alle schaffen, aber auch Trinkwasserspender und Nebelduschen an öffentlichen Ort dienen zur Entlastung von Bürger*innen in den erhitzten Innenstädten. Wir wollen, dass in die Städtebauförderung des Landes

Baden-Württemberg die klimagerechte Stadtentwicklung als Zuwendungsvoraussetzung festgeschrieben wird. Außerdem soll ein neues Förderprogramm mit dem Schwerpunkt Anpassungen an den Klimawandel in besonders betroffenen Quartieren aufgelegt werden. Außerdem wollen wir gemeinnützige Organisationen, soziale Einrichtungen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Sportvereine oder Schwimmbäder auf dem Weg zur Klimaneutralität ihrer Gebäude verstärkt unterstützen.

Antrag UV01-Ä06

Änderungsantrag zu UV01

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Tübingen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

Zeile 45

Wir geben Sicherheit, indem wir auf dem Weg zur Klimaneutralität, die wir bis spätestens 2040 erreichen wollen, die Menschen in unserem Land unterstützen werden.

Wir werden die Belastungen einer höheren CO₂-Bepreisung durch eine Klimageld sozial gerecht kompensieren und setzen uns für dessen zeitnahe Umsetzung ein.

Antrag B05-Ä01

Änderungsantrag zu B05

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Zeile 1

Wir fordern, die Kinder- und Jugendarbeit gegen Rassismus, Faschismus, [Antifeminismus](#), Antiziganismus und Antisemitismus verstärkt zu fördern. Durch angeleitete Workshops könnten Kinder und Jugendliche bereits früh sensibilisiert und gebildet werden, so dass möglichen Übergriffen und Diskriminierungen - sowohl in physischer als auch in psychischer Form - bereits früh entgegengesteuert werden kann.

Zeile 8

-Verpflichtende Workshops und Seminare zur historischen Aufarbeitung von Faschismus, [Antifeminismus](#), Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus, sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für das Personal, das in dem Bereich der Jugendarbeit tätig ist.

Begründung

Antifeminismus: Immerhin hat laut Leipziger Autoritarismusstudie jeder 3. Mann und jede 3. Frau ein geschlossen antifeministisches oder sexistisches Weltbild, dem gilt es entgegenzuwirken.

Antrag B05-Ä02

Änderungsantrag zu B05

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Lörrach
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Zeile 18

-Einführung eines verpflichtenden (Einführungs-)Seminars zur politischen Bildung bzw. Demokratieförderung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.

-verstärkte Förderung von Maßnahmen der Jugendverbandsarbeit in diesem Themenbereich.

Antrag G07-Ä01

Änderungsantrag zu G07

Antragsteller*in:	ASG Vorstand SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Zeile 11

Die Ergebnisse der Forschung zu Geschlechtsunterschieden müssen aktiv in die medizinische Ausbildung integriert werden. Medizinstudierende und Ärzt*innen, Therapeut*innen und weitere Gesundheitsberufe müssen befähigt werden, genderspezifische Unterschiede in Diagnosen und Therapien zu berücksichtigen, um den Ansprüchen einer individualisierten und geschlechtergerechten Behandlung gerecht zu werden.

Zeile 15

Dies muss verpflichtender Teil der Ausbildung ~~unserer Mediziner*innen~~ aller Gesundheitsberufe werden

Begründung

Der Antrag beinhaltet neben der genderspezifischen Forschung auch die Ausbildung. Dort sind nicht nur Ärzt*innen zu adressieren. Neben den Mediziner*innen muss die Befähigung genderspezifische Unterschiede in Diagnosen und Therapien zu berücksichtigen verpflichtender Teil der Ausbildung in allen Gesundheitsberufen werden.